

A n t r a g

der Fraktionen der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Lärm macht nicht an Grenzen halt – hessischer Lärmaktionsplan reicht nicht aus

Laut der Weltgesundheitsorganisation (WHO) gehen aufgrund von Verkehrslärm europaweit jedes Jahr eine Million Lebensjahre verloren. Außerdem erleiden in Europa durch Verkehrslärm jährlich durchschnittlich 245 000 Menschen Herz-Kreislauf-Erkrankungen, 50 000 Menschen sterben. Verkehrslärm lässt sich differenzieren in Schienenlärm, Straßenlärm und Fluglärm. Nach Zahlen des Umweltbundesamtes fühlen sich 59 % der Deutschen durch Straßenlärm gestört, Fluglärm wird von ca. 30 % der Bevölkerung als Belästigung wahrgenommen. Die Menschen in der Rhein-Main-Region sind in besonderem Maße von Fluglärm betroffen, nicht selten bis in die Nachtstunden hinein und in den frühen Morgenstunden. Hauptgrund sind die Start- und Landebewegungen auf dem Frankfurter Flughafen. So gab es zwischen April und September trotz Verbots durch das Bundesverwaltungsgericht am Frankfurter Flughafen 822 Nachtflüge. Das sind im Schnitt über 130 Flüge im Monat. Angesichts dieser Zahlen kann man nicht mehr von Ausnahmen sprechen.

Die hessische Landesregierung hat nun einen Lärmaktionsplan erstellt, der den Erfordernissen des Lärmschutzes nicht gerecht wird.

Der hessische Lärmaktionsplan relativiert die massiven Belastungen der Menschen im Rhein-Main-Gebiet durch Fluglärm, beschränkt sich auf bereits vorgestellte Maßnahmen zum Schallschutz aus der „Allianz für mehr Lärmschutz“ vom Februar 2012 und sieht keine Lärminderungsmaßnahmen vor. Diese Vorgehensweise der hessischen Landesregierung ist nicht mit der Zielsetzung in Einklang zu bringen, gesundheitsschädigenden und belästigenden Lärm zu verhindern, vorzubeugen und zu mindern. Die rheinhessischen Tourismusgebiete, aber auch Kurorte wie Bad Kreuznach oder Städte wie Mainz erfahren keine Maßnahmen zum Schutz gegen eine Zunahme des Lärms durch den Flughafen Frankfurt.

Der Landtag begrüßt, dass die rheinland-pfälzische Landesregierung die hessische Landesregierung kontinuierlich und deutlich auf ihre Verpflichtungen zum Lärmschutz hinweist und weitergehende Maßnahmen zur Reduzierung der Fluglärmbelastung des Frankfurter Flughafens einfordert. Fluglärm hört nicht an Grenzen auf.

Der Landtag fordert die Landesregierung auf,

- gegenüber Hessen für eine Begrenzung der Flugbewegungen und damit des Fluglärms einzutreten,
- eine Änderung der in die Breite gezogenen und abgesenkten Luftraumstruktur einzufordern sowie die Einführung lokaler Lärmobergrenzen und lärmärmerer An- und Abflugverfahren umzusetzen,,
- sich weiterhin gegenüber der hessischen Landesregierung für weitergehende Maßnahmen zur Verringerung der Fluglärmbelastung einzusetzen,
- gegenüber der hessischen Landesregierung eine Einbindung von Rheinland-Pfalz in eine grundlegende Überarbeitung des Lärmaktionsplans zu verlangen,
- eine grundlegende Änderung der Flugrouten zu fordern, die eine Verringerung der Belastungen für Mainzer Stadtteile und rheinhessische Gemeinden bedeuten,

b. w.

- sich weiterhin für eine restriktivere Handhabung der Ausnahmen vom Nachtflugverbot und einen besseren Schutz der Nachtstunden insgesamt einzusetzen,
- auf einer gerechteren Verteilung der durch die Kapazitätserweiterung des Frankfurter Flughafens bedingten zusätzlichen Lärmbelastung in der Region zu bestehen.

Für die Fraktion
der SPD:
Barbara Schleicher-Rothmund

Für die Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Nils Wiechmann